



SP Frauen Schweiz  
Theaterplatz 4  
3011 Bern  
[frauen@spschweiz.ch](mailto:frauen@spschweiz.ch)  
031 329 69 90

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Eidgenössische Steuerverwaltung  
Eigerstrasse 65  
3003 Bern

[vernehmlassungen@estv.admin.ch](mailto:vernehmlassungen@estv.admin.ch)

Bern, den 20. April 2022

**Stellungnahme der SP Frauen zum Bundesbeschluss über eine besondere Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft)**

Sehr geehrter Bundesrat Maurer  
Sehr geehrte Frau Krenger  
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Umsetzung der OECD/G20-Projekts zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft.

Die SP Frauen Schweiz sind Teil der sozialdemokratischen Partei in der Schweiz und verstehen sich als progressive Bewegung des sozialdemokratischen Feminismus. Gerne nehmen die SP Frauen zu den Vorschlägen dieser wichtigen Vernehmlassung Stellung.

Die SP Frauen unterstützen grundsätzlich die Stellungnahme der SP. Gleichzeitig möchten sie folgende Punkte hervorheben. Der Bundesrat schlägt vor, dass die Schweiz mittels einer Ergänzungssteuer auf ihrem Gebiet die OECD-Mindestbesteuerung der betroffenen Unternehmensgruppen und Geschäftseinheiten sicherstellen soll. Die Einnahmen aus der Ergänzungssteuer würden bei den Kantonen verbleiben. Die zusätzlichen Steuereinnahmen der Kantone sollen im Nationalen Finanzausgleich (NFA) berücksichtigt werden. Der NFA hat folgendes Ziel: die wirtschaftlich starken Kantone und der Bund helfen den finanziell schwächeren. Der Bund finanziert rund zwei Drittel und die Kantone einen Drittel der NFA-Ausgleichszahlungen.

Gemäss dem Erläuterungsbericht respektiert die vom Bundesrat vorgeschlagene Regelung den steuerlichen Föderalismus, wahrt den interkantonalen Steuerwettbewerb und gibt den Kantonen grösstmöglichen Spielraum für Standortmassnahmen. Bei diesem Ansatz würden dem Bund indes Mindereinnahmen in Höhe eines niedrigen dreistelligen Millionenbetrags entstehen.

Mindereinnahmen auf Ebene Bund gehen zulasten ungebundener Ausgaben wie z.B. Bildung, Kultur und Landwirtschaft. Verkürzt dargestellt würde also der Bildungs- und Kulturbereich sowie die Landwirtschaft mit weniger Mittel ausgestattet, damit gewisse Kantone Standortmassnahmen für grosse, internationale Unternehmen finanzieren können. Die SP Frauen erachten diesen Mechanismus als nicht sozialverträglich.



Deshalb fordern die SP Frauen folgendes:

1. Der Bundesrat soll das OECD-/G20-Projekt zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft so ausgestalten, dass es für den Bund kostenneutral ausfällt.
2. Sollte eine Kostenneutralität nicht möglich sein, sollen die Mindereinnahmen sozial refinanziert werden und in die verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie fliessen, u.a. in die nachhaltige Finanzierung von Kita-Plätzen.
3. Der Bundesrat soll ein Projekt vorlegen, welches die interkantonale Solidarität stärkt. Die vorgesehene Abgeltung über den NFA hingegen vergrössert die Gräben zwischen den Kantonen. Entsprechend sind Alternativen, insbesondere das Modell der interkantonalen Steuerharmonisierung<sup>1</sup> der SP Schweiz, vertieft und unter dem Gesichtspunkt der Rechtssicherheit, Effizienz und Transparenz zu prüfen.

Besten Dank für die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen.  
SP Frauen Schweiz

Martine Docourt, Co-Präsidentin

Gina La Mantia, Zentralsekretärin

---

<sup>1</sup> Resolution der SP Schweiz vom 24. Februar 2018 - [Link](#)